Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim. Universitätsstraße 3 (Paulinum).
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 104. **Dienstag** den 26. Februar 1901. **95. Jahrgang.**

Nationalliberale Jugendvereine.

K. B. In jüngster Zeit ist, zunächst im Westen Deutschlands, der Rheinprovinz, der Pfalz, die Idee aufgetaucht, neben den längst bestehenden nationalliberalen Vereinen, die sich aus reiferen Männern zusammensetzen, besondere nationalliberale Jugendvereine zu gründen. Die Idee hat in den Kreisen der Jugend rasch Wurzel gefaßt und Verbreitung gefunden. Es bestehen bereits solche Vereine in Köln, Dürkheim, Elberfeld, Kaiserslautern, Crefeld, Ludwigshafen, Mannheim, Oppenheim, Rubrort, Worms, Zweibrücken. In einer Versammlung von Delegirten dieser Vereine zu Köln am 21. October vorigen Jahres schlossen sich dieselben zu einem „Reichsverbande" zusammen, der nach der Absicht der Stifter allmählich das ganze Reich umfassen soll.

Schon jetzt zählt dieser Reichsverband über 3000 Mitglieder, die einzelnen Vereine haben deren 1004 (Köln), 518 (Crefeld), 470 (Worms), 320 (Mannheim) u. s. f.

Der Gesammtverband veröffentlicht als sein Organ eine Zeitschrift unter dem Titel „Nationalliberale Jugend, Monatsschrift des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend" (30 ₰ vierteljährlich). Die erste Nummer davon (12 Seiten gr. 4) erschien im Januar 1901.

Sie beginnt mit einer „Ansprache des Rechtsanwalts Dr. Fischer-Köln (des eigentlichen Urhebers dieser ganzen Organisation, der auch zum Vorsitzenden des Reichsverbandes gewählt ward) an die Versammlung vom 21. October" mit der Ueberschrift „Unser Programm". Darin wird als hauptsächlichster Zweck dieser Vereine folgender bezeichnet: „Die Lässigkeit der Jugend gegenüber den Aufgaben des politischen Lebens zu bekämpfen und die Mitglieder zur Mitarbeit mit der nationalliberalen Partei heranzubilden."

Die Jugendvereine wollen nicht etwa den bestehenden nationalliberalen Vereinen Concurrenz machen, vielmehr im Anschluß an diese für die gemeinsame Sache arbeiten; sie wollen ihnen nicht Mitglieder entziehen, vielmehr solche zuführen, indem sie die nationalliberal gesinnte Jugend aus ihrer Lässigkeit aufrütteln und zur activen Theilnahme an der Ausbreitung und Förderung des nationalliberalen Gedankens anregen.

Die Vereine beschränken sich ausdrücklich auf die Aufnahme solcher Mitglieder, welche das 35. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, und weisen die älteren den bestehenden Männervereinen zu.

Eine lobenswerthe Eigenthümlichkeit dieser Jugendvereine ist die, daß sie nicht einem oder einigen einzelnen Berufsständen als Organe dienen, sondern möglichst alle Stände in sich vereinigen und deren Sonderinteressen theils unter sich, theils mit dem Gemeininteresse des Vaterlandes und der Nation auszugleichen bestrebt sein wollen. In der That zeigen die hier mitgetheilten Personenlisten der verschiedenen Vereine eine so große Mannigfaltigkeit der Berufsstände, wie man sie in den Männervereinen nicht leicht, oder doch nur höchst selten findet. So gehören dem Kölner Vereine an: 425 Kaufleute, 138 Architekten, Ingenieure, Chemiker und Techniker, 61 Juristen, 9 Philologen, 13 Volksschullehrer, 10 Aerzte, Thier- und Zahnärzte, 11 Apotheker, 37 höhere, 89 mittlere, 31 untere Postbeamte, 2 höhere, 11 mittlere, 3 untere Bahnbeamte, 5 höhere, 8 mittlere Steuerbeamte, 26 Bank-, 25 Versicherungs-, 16 Privatbeamte, 63 Handwerker und Arbeiter. Dem Vorstande des Elberfelder Vereins gehören an: 1 Bahnbeamter, 2 Juristen, 4 Fabrikanten, 2 Handwerksmeister, 1 Chemiker, 6 Kaufleute, 2 Lehrer, 1 Redacteur.

Besonders erfreulich ist es, daß die verschiedenen Classen von Beamten sich von dem Zutritt zu einem solchen nationalliberalen Jugendvereine nicht haben abhalten lassen durch die Besorgniß, sie könnten dadurch ihren Vorgesetzten mißliebig werden. Das zeugt entweder für den politischen Muth der betreffenden Beamten oder für die Parteilosigkeit und Gerechtigkeit ihrer Obern.

Zur Anregung und Regerhaltung ihrer Mitglieder dienen den Vereinen regelmäßige Versammlungen mit Vorträgen und daran sich schließenden Discussionen. Mit Recht legen die Vereine ein besonderes Gewicht auf letztere, weil durch diese theils die Selbstständigkeit des Denkens, theils die Herausarbeitung einer wohlerwogenen eigenen Ueberzeugung mehr als durch das bloße Anhören von Vorträgen gefördert werde. Principiell werden in diesen Versammlungen nicht sowohl politische Tagesfragen, als vielmehr die Grundlagen der Partei, ihr Verhältniß zu anderen Parteien und zu den allgemeinen Nationalinteressen besprochen.

Für die Heranziehung neuer Mitglieder und für die Bearbeitung der öffentlichen Meinung im Sinne des Nationalliberalismus bedienen sie sich theils des lebendigen Wortes, indem sie Redner an solche Orte senden, wo ein Jugendverein in der Bildung begriffen ist oder in Aussicht steht, theils der Presse, letzteres namentlich auch durch „Ausarbeitung, Waffenherstellung und Versendung von Flugschriften, Anleitungen zu Gründungen, Mustern zu Agitationsdrucksachen ꝛc."

Dies ist in kurzen Zügen ein Bild von den Zielen und von dem Wirken dieser Jugendvereine. Gern vernimmt man, mit welchem Eifer die Jugend an den Vortrags- und Discussionsabenden sich betheiligt, nicht blos passiv zuhörend, sondern auch activ mit discutirend. Sie wird da nicht blos, wie das in den socialdemokratischen Discussionsstunden wohl allermeist geschieht, zum Anhören, Beklatschen und Nachsprechen der Schlagworte eines oder des anderen Führers gestellt, sondern zum eigenen Denken und zur selbstständigen Aussprache und Vertretung ihrer Gedanken gebildet. So kommt sie dann wohlvorbereitet in die gleichgesinnten Männerkreise und tritt, soweit sie das wahlfähige Alter erreicht hat (und in diesem steht die Mehrzahl der Mitglieder von Jugendvereinen), mit vollem Bewußtsein und mit längstgeweckterm Eifer an die Wahlurne, um die höchste politische Pflicht eines deutschen Mannes zu erfüllen.

Es wäre zu wünschen, daß das vom Westen gegebene Beispiel nicht verloren ginge, vielmehr auch in anderen Theilen des Reiches Nachfolge fände. Der Centralvorstand der nationalliberalen Partei zu Berlin hat in einem Schreiben seines Vorsitzenden, Dr. Hammacher, an den Kölner Verein seine Freude und seinen Dank für die Bildung nationalliberaler Jugendvereine ausgesprochen. In diesem Schreiben wird gesagt:

„Die gesammte Partei ist von lebhaftem Gefühl des Dankes für diese patriotische Bemühung unserer jüngeren Freunde im Westen und Südwesten des Reiches durchdrungen. Wir selbst haben mit größtem Interesse verfolgt, wie sich aus den in Köln, Worms, Mannheim und anderen Orten der Rheinprovinz gleichzeitig gepflanzten Keimen in verhältnißmäßig kurzer Zeit und unter mancher Ungunst der äußeren Verhältnisse dennoch eine so erfreuliche Saat entwickelt hat, daß wir heute bereits die übrigen Gaue des deutschen Reiches auf das anregende und erfolgreiche Beispiel unserer rheinischen Freunde verweisen können und daß in der That die Anregung vom Westen her auch schon manches neue erfolgversprechende Gebild in Mittel-, Süd- und Norddeutschland gezeitigt hat".*)

*) Zur näheren Orientirung über Wesen und Wirken der Vereine dienen mehrere vom Verein zu Köln veröffentlichte Schriftstücke, wie „Jahresbericht für 1899—1900", „Satzungen sowohl des Kölner Vereins als des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugendvereine", „Aufrufe an die nationalliberale Jugend" u. s. w. Die „Centralstelle des Vereins" (von der weitere solche bezogen werden können) befindet sich Köln, Christophstraße 17, II.

Die Wirren in China.

Einiges über Chinas Zukunft.

Der „Ostasiatische Lloyd" bringt in seiner Ausgabe vom 18. Januar einen interessanten und beachtenswerthen Leitartikel, dem wir die folgenden, die Zukunft Chinas betreffenden Stellen, entnehmen:

„In fünfzig Jahren wird es fünfzig Millionen patriotische Boxer geben, das kann gar keinem Zweifel unterliegen", — meinte kürzlich Sir Robert Hart. Diese Prophezeiung und ähnliche Auslassungen des in chinesischem Dienste ergrauten Generalzolldirectors haben viel Achselzucken erregt.

Mit dem Voraussagen ist es allerdings eine eigene Sache. Das hat übrigens, wie nicht so allgemein bekannt sein dürfte, Sir Robert Hart schon wiederholt erfahren. Als er den Zolldienst Stufe um Stufe aufzubauen begann, legte er den Beamten in den sechziger Jahren nachdrücklich ans Herz, sie müßten sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß der ganze Dienst in absehbarer Zeit in chinesische Hände überginge. Jetzt sieht es aber nicht darnach aus, daß selbst der jüngste Zollbeamte das noch erleben wird.

Ferner hatte Sir Robert Hart den festen Glauben, nach der Eröffnung der ersten Häfen am Yangtsekiang müßte sich der Handel von Shanghai allmählich nach Chingtiang ziehen. Er stützte sich hierbei hauptsächlich darauf, daß der große Kaisercanal bei Chingtiang den Yangtse kreuzt. Trotz dieses für Chingtiang günstigen Umstandes ist aber Shanghai doch das Handelscentrum von Mittelchina geblieben und wird es voraussichtlich auch in Zukunft bleiben.

Wir wollen hier nicht eine Prophezeiung gegen die andere setzen. Aber ein paar Worte über die muthmaßliche Zukunft des großen Reiches werden vielleicht doch am Platze sein. Uns scheint es, als ob die Verhältnisse immer mehr dazu drängten, den Mandarinen die oberste Regierungsgewalt allmählich aus den Händen zu nehmen und sie an Abendländer zu übertragen. Die Chinesen sind kein Herrenvolk und werden auch nie eins werden. Sie sind vortreffliche Kaufleute, aber keine guten Herrscher. Die große Menge des chinesischen Volkes würde schwerlich etwas dagegen einzuwenden haben, wenn die Fremden eine Art Oberaufsicht über das ganze Reich erhielten. Was bekümmert sich der Durchschnittschinese um solche Dinge. Sie sind ihm ganz gleichgiltig. Wenn andererseits heute wenig Aussicht vorhanden zu sein scheint, daß thatsächlich eine derartige Bevormundung der gesammten Regierung in die Wege geleitet wird, so dürfte das vor Allem daran liegen, daß gegenwärtig noch Niemand recht anzugeben weiß, wie eine solche Oberaufsicht am besten einzurichten ist. Die Zeit dafür ist noch nicht reif. Aber schon in fünfzig Jahren wird die Oberaufsicht Europas über China vielleicht eine Thatsache sein.

Wir hoffen, daß die Möglichkeit einer derartigen weiteren Entwickelung bei der jetzigen Neuordnung der Dinge im chinesischen Reiche auch an maßgebender Stelle beachtet werden wird. Jedenfalls würde es ein schwerer Fehler sein, wollte man mit ihr nicht rechnen. Die chinesische Frage wird weder heute noch morgen gelöst werden. Das Günstigste, was wir erwarten können, ist, daß von den Mächten ein modus vivendi gefunden wird, der die große Katastrophe, für die heute die europäischen Mächte vielleicht noch viel weniger vorbereitet sind, als die Chinesen, auf ein paar Jahrzehnte hinausschiebt; kommen muß aber eine Umwälzung von Grund aus, und es fragt sich nur, wer in dem Augenblick, wo sie unvermeidlich wird, sich in Voraussehung dessen, was eintreten mußte, von den Ereignissen nicht überraschen läßt, wie heute thatsächlich die Mächte ohne Ausnahme von ihnen überrascht worden sind.

Diese Thatsachen bieten vor allen Anderen genügende Berechtigung, die Prophezeiung des Sir Robert Hart, welche mehr wie geeignet ist, die öffentliche Aufmerksamkeit in ganz falsche Bahnen zu lenken, als fragwürdig hinzustellen und ihr zu widersprechen. Irren ist natürlich menschlich, aber es wird für die Chinesen sicherlich die Zeit kommen, wo die natürliche Entwickelung der Dinge rücksichtslos und unaufhaltsam über ihre Köpfe hinwegschreiten muß und wird."

* **Berlin**, 25. Februar. („Wolff's Telegr.-Bureau.") Feldmarschall Graf **Waldersee** telegraphirt aus **Peking**: Die Colonne Hoffmeister trat den Rückmarsch von Kuangtschang nach Pootingfu an. Die Verluste der Chinesen, die bei Kuangtschang in guter Ordnung angriffen, ist erheblich größer, als gemeldet worden ist; sie betrage über 900 Todte.

Der Krieg in Südafrika.

In der vorigen Woche haben die Engländer einen Boeren gefangen, bei dem eine lange

Proclamation Steijn's und De Wet's

gefunden worden sein soll. In diesem Schriftstück, „Im Felde, 14. Januar" datirt, wird Folgendes ausgeführt:

Der von der britischen Regierung beiden Republiken aufgezwungene Krieg wird noch fortgeführt, und zwar unter Mißachtung aller Vorschriften der Genfer und Haager Conventionen. Die Engländer haben Kaffern und Eingeborene bewaffnet und im Kriege gegen die Boeren verwendet, Frauen und Kinder sind, selbst wenn sie krank waren, gefangen genommen und fortgeführt worden. Frauen sind vergewaltigt und das Eigenthum selbst geistlicher Boeren nicht respectirt worden. Der Welt ist von den Engländern fälschlich mitgetheilt worden, daß sie solche Zerstörungen vornehmen mußten, weil die Boeren Eisenbahnlinien und Telegraphendrähte zerstört und die weiße Flagge mißbraucht hätten. Fast alle Häuser in beiden Republiken seien zerstört, gleichviel, ob sie in der Nähe einer Eisenbahn liegen oder nicht. Die Klage über den Mißbrauch der weißen Flagge sei so alt, als die Bekämpfung der Boeren mit den Engländern. Diesen genüge es nicht, den Boeren ihr Eigenthum zu rauben, sie wollen ihm auch seinen guten Namen nehmen. Die Republiken sind noch nicht erobert, der Krieg ist noch nicht beendet. Die Streitkräfte der Boeren werden noch immer von verantwortlichen Führern geleitet unter der Oberaufsicht der Regierungen der beiden Republiken. Daran kann die Behauptung des Lord Roberts und des Lord Kitchener, daß nur noch Räuberbanden im Felde seien, nichts ändern. Die Bürger wären keine Männer, wenn sie nach der Mißhandlung ihrer Frauen und Zerstörung ihres Eigenthums die Engländer unbestraft ließen. Deshalb sei ein Theil der Bürger in die Capcolonie gesandt worden, nicht nur, um dort Krieg zur führen, sondern auch, um Repressalien zu ergreifen, wie dies schon mit Bezug auf Ambulanzen geschehen ist. Wenn die englischen Officiere nicht aufhören, Eigenthum in den Republiken zu zerstören, werden die Boeren durch Zerstörung von Eigenthum englischer, den Boeren unfreundlich gesinnter Unterthanen Rache nehmen. Frauen und Kinder sollen aber stets unbelästigt bleiben, trotz Allem, was die englischen Truppen gethan haben. „Wir", so schließt die Proclamation, „verlangen nichts von unseren Brüdern in der Capcolonie, aber wir fordern sie auf, ebenso wie die civilisirte Welt, wegen der gemeinsamen Civilisation und des Christenthums beizustehen, daß der barbarischen Kriegführung des Feindes ein Ende gemacht werde. Unser Gebet wird stets sein, daß der Gott unserer Väter uns nicht in diesem gerechten Kampfe verlassen möge."

Deutsches Reich.

+ **Berlin**, 25. Februar. (Socialdemokratie und Heer.) Der „Vorwärts" macht sich darüber lustig, daß eine größere deutsche Zeitung ihre Verwunderung darüber ausspricht, daß die Socialdemokraten in der Budgetcommission bei der Berathung des Militäretats sich selten an der Discussion betheiligen. Das socialdemokratische Blatt meint, die Socialdemokratie lehne den Militäretat überhaupt ab und habe deshalb keinen Anlaß, Abänderungsanträge zu stellen und sich deshalb an der Discussion zu betheiligen. Damit wird also gesagt, daß der Militäretat für die Socialdemokratie überhaupt nicht existire. Daraus aber würde sich logischer Weise ergeben, daß auch das Heer überhaupt für die Socialdemokratie nicht existirte, denn ohne die Geldausgaben für das Heer könnte die Armee nicht bestehen. Daraus aber würde sich wieder logischer Weise ergeben, daß die Socialdemokratie, ebenso wie sie zu den Ausgaben für das Heer keine Anträge stellt und nicht das Wort ergreift, auch das Heerwesen selbst nicht als existent ansähe und dazu nicht das Wort ergriffe. Man wird aber diesmal wie in jedem Jahre bei der zweiten Lesung des Militäretats das Schauspiel erleben, daß die Socialdemokraten mindestens doppelt so oft das Wort ergreifen, wie alle andern Parteien zusammengenommen. Sie machen also das Wort „wer nicht mitthaten will, soll auch nicht mit rathen" ganz und gar nicht zu ihrer Richtschnur. Nach derselben Taktik verfahren die Socialdemokraten auch bezüglich der Chinavorlage. Sie bewilligen selbstverständlich von der ursprünglichen und von der soeben dem Bundesrathe zugegangenen neuen Forderung nicht einen Pfennig, aber sie wollen nicht nur alle wirklichen oder angeblichen Mißstände bei den in China befindlichen Truppen auf das Breiteste erörtern, sondern sogar dem Grafen Waldersee dreinreden, ob er Kriegszüge zu unternehmen habe oder nicht. Die Aeußerung eines regierungsfreundlichen Blattes, daß der Reichstag wohl kaum Neigung haben dürfte, sich als Reichskriegsrath aufzuthun, ergrimmt den „Vorwärts" gewaltig. In dem Augenblicke, wo man neue hundert Millionen fordere, unterstehe man sich, dem Reichstage das Recht abzusprechen, in die Kriegführung drein zu reden. Nun, wenn Diejenigen, die die 100 Millionen zu bewilligen bereit sind, im Gefühle ihrer militärischen Unbefangenheit dem Grafen Waldersee seine Truppenbewegungen vorschreiben wollten, so würden sie sich wenigstens nur lächerlich machen; wenn aber Diejenigen, die nichts bewilligen, sich als Civilstrategen aufspielen und Vorschriften machen wollen, so sind sie nicht nur lächerlich, sondern auch unverschämt.

* **Berlin**, 25. Februar. (Verschlechterung der Finanzlage im Reiche und in Preußen.) Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Post" einen Artikel, der Stimmung gegen die neue Canalvorlage machen soll, aber auch in solchen Staaten, die an dieser Vorlage ein directes Interesse nicht haben, Beachtung verdient. Er lautet: „Durch die jüngsten Mittheilungen des Herrn Staatssecretärs im Schatzamt ist ein neues Moment der Unsicherheit in die Beurtheilung der finanziellen Lage Preußens gekommen. Es unterliegt darnach keinem Zweifel, daß die Herstellung des Gleichgewichtes zwischen Einnahmen und Ausgaben im Reiche für das Jahr 1902 ungleich größere Schwierigkeiten bieten wird, als dies jetzt der Fall ist. Der Ausfall des Ueberschusses, welcher in dem Etat für 1901 mit mehr als 30 Millionen Mark in Einnahme figurirt, der sicher zu erwartende Mindererertrag der Reichsstempelsteuer gegen den Etatsansatz, die starke Vermehrung des Bedarfs für die Reichsschuld in Folge der China-Anleihe und der bis dahin flüssig zu machenden Beträge für Heeres- und Flottenzwecke lassen in Verbindung mit der sonst zu erwartenden Zunahme der Ausgaben eine Verschlechterung der Bilanz um nahezu 100 Millionen Mark befürchten. In dem Etatsentwurf für 1901 decken sich Ueberweisungen und Matricularumlagen; eine solche Verschlechterung der Bilanz wäre daher, sofern nicht neue Deckungsmittel herangezogen werden, gleichbedeutend mit einer Spannung zwischen Matricularumlagen und Ueberweisungen von gleichem Betrage. Daß neue Deckungsmittel für 1902 bereit gestellt werden könnten, erscheint aber mehr als unwahrscheinlich. Es eröffnet sich daher für die Bundesstaaten die unerfreuliche Aussicht auf einen starken Betrag durch Ueberweisung nicht gedeckter Matricularumlagen. Bezüffert sich dieser Betrag, wie mindestens möglich ist, auf 100 Millionen Mark, so beläuft sich der Antheil Preußens auf etwa 60 Millionen Mark, d. h. Preußen würde aus seinen eigenen Einnahmen einen Zuschuß von diesem Betrage zu den Kosten des Reiches zu leisten haben. Dieses Mißverhältniß zwischen Bedarf und Deckungsmitteln im Reiche wird sich allerdings ändern, sobald mit dem Ablauf der Handelsverträge ein Zolltarif mit beträchtlich höheren Sätzen für eine Reihe als Finanzquellen wichtiger Zölle in Kraft tritt. Stände eine solche Vermehrung der eigenen Einnahme des Reiches nicht in Aussicht, so würde Preußen genöthigt sein, zur Erhaltung des Gleichgewichtes zwischen Einnahmen und Ausgaben mit seinen Einnahmen besonders pflieglich umzugehen, und es würde an den Voraussetzungen fehlen, unter denen nach dem Ausspruch des Herrn Finanzministers Preußen auch ein großes Unternehmen wagen kann, dessen Erfolg nicht völlig gesichert ist. Bevor man sich also für ein solches Unternehmen engagiren kann, muß man wenigstens mit einiger Sicherheit auf die demnächstige wirksame Erhöhung der Zolleinnahmen rechnen können. Auch unter diesem Gesichtspuncte erscheint es dringend wünschenswerth, daß die Vorbereitungen für die Feststellung des neuen Zolltarifes möglichst bald zum Abschluß gebracht würden."

⊙ **Berlin**, 25. Februar. (Telegramm.) Die „Freisinnige Zeitung" hatte hervorgehoben, daß der von Wolff's Telegraphischem Bureau im Auszuge verbreitete Artikel der **„Petersburger Handels- und Industrie-Zeitung"**, der nach der Angabe der russischen Telegraphenagentur aus dem russischen Finanzministerium stammt, verschiedene persönliche Spitzen gegen den **Reichskanzler** Graf v. Bülow enthalte. Dazu schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung: Die Thatsache ist bei der Herkunft des Artikels ungewöhnlich, aber richtig. Wir glauben indessen nicht, daß der deutsche Reichskanzler geneigt ist, dem Verfasser des Artikels auf diesem Wege zu folgen und die im Handelsverkehr zwischen Deutschland und Rußland obwaltenden beiderseitigen wichtigen Interessen einer persönlich zugespitzten Behandlung zu unterwerfen. Dagegen befindet sich die „Freisinnige Zeitung" im Irrthum mit der Behauptung, daß im Auszuge des Wolff'schen Bureaus jene persönlichen Bemerkungen durch eine im Auswärtigen Amte ausgeübte Censur gestrichen worden seien. Der von der russischen Telegraphenagentur dem Wolff'schen Bureau übermittelte Auszug hat hier keinerlei Censur zu durchlaufen gehabt.

⊙ **Berlin**, 25. Februar. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" meldet: Dem früheren Gesandten in Mexico, bisherigen deutschen Delegirten bei der Internationalen Finanzcommission in Athen, **v. Winckler**, wurde der Rothe Adler-Orden zweiter Classe mit Eichenlaub verliehen. — Zu Mitgliedern des **Reichs-Gesundheitsrathes** wurden vom Bundesrathe gewählt die Abtheilungsvorsteher im kaiserlichen Gesundheitsamte, Regierungsräthe **Wutzdorf** und **von Buchka**. Zum Vorsitzenden wurde der Präsident des kaiserlichen Gesundheitsamtes, **Köhler**, und zu dessen ständigen Stellvertreter der Geheime Medicinalrath und Professor an der Universität Berlin, **Gerhardt**, ernannt.

⊙ **Berlin**, 25. Februar. Die **Centrumsfraction des preußischen Abgeordnetenhauses** hat, wie die „Germania" berichtet, gestern beschlossen, die Staatsregierung aufzufordern, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die besonderen **Beschränkungen** und **Erscheinungen**, denen die Krankenpflege und die sonstige Uebung werkthätiger Nächstenliebe seitens der Mitglieder **katholischer Orden und ordensähnlicher Congregationen** unterworfen sind, behufs Gleichstellung derselben mit den Mitgliedern anderer der Krankenpflege gewidmeten Vereinigungen aufgehoben werden.

— In der Sitzung des **Staatsministeriums**, die am Sonnabend stattfand, führte der Reichskanzler Graf v. **Bülow** den Vorsitz. Außer sämmtlichen preußischen Ministern nahmen auch die Staatssekretäre des Reichsschatzamts und des Reichspostamts an der Sitzung Theil, welche fast sechs Stunden, von 3 bis gegen 9 Uhr, dauerte.

— Der bisherige französische **Marine-Attaché** Capitän **Buchard** hat Berlin verlassen, um sich über Paris auf seinen neuen Posten nach Madagaskar als Gouverneur von Diego Suarez zu begeben. Als sein Nachfolger wird in diesen Tagen der Capitän Graf de **Tousselin** erwartet, der bisher Marine-Attaché in Rom war.

* **Aus dem Fürstenthum Ratzeburg.** Der Landtag für unser Ländchen, der seit 1870 alljährlich berufen wurde, aber wegen des Nichterscheinens der bäuerlichen Abgeordneten noch nicht ein einziges Mal beschlußfähig war, ist in diesem Jahre auf den 25. Februar angesetzt. Da in den letzten Jahren einige Abgeordnete gestorben sind und Neuwahlen stattgefunden haben, so war man geneigt, den diesjährigen Landtag für beschlußfähig zu halten. Gestern hat nun in Schöneberg eine Versammlung der bäuerlichen Abgeordneten einstimmig beschlossen, den Landtag nicht zu besuchen und dies der Landvogtei mitzutheilen. Die Opposition behält also auch diesmal die Oberhand, falls sich nicht einer der neuen Abgeordneten bis dahin anders entschließt.

* **Halle a. S.**, 24. Februar. Auf heute Nachmittag hatte der hiesige nationalliberale Verein nach den „Kaiserhallen" eine öffentliche Wähler-Versammlung einberufen. Derselben ging eine Versammlung von etwa 60—70 Vertrauensmännern der nationalliberalen Partei der Provinz Sachsen voran, welcher u. A. die Reichstagsabgeordneten Rimpau, Blacke, Schmidt, die Landtagsmitglieder Dr. Friedberg, Reichardt, Dippe, Wierstorff beiwohnten. In den Verhandlungen der Vertrauensmänner wurde beschlossen, eine engere Organisation der Partei in der Provinz Sachsen zu schaffen. Die öffentliche Versammlung war von gegen 500 Theilnehmern besucht. Es sprachen Reichstagsabgeordneter Dr. Bassermann-Mannheim über die nächsten Aufgaben des Reichstages, Professor Dr. Friedberg-